

# vbb magazin

November 2018 • 57. Jahrgang



**Der Bundeswehrbeamte**  
Zeitschrift des Verbandes  
der Beamten der Bundeswehr

11



## Nichts als Unruhe ...

Seite 6 <

**Expertenrat  
ohne Experten?**

Seite 12 <

**VBB bedauert  
Fusionsabsage  
des VAB**

Postvertriebsstück • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

© shutterstock.com / Christian Draghici





© Jan Brenner / dbb

## Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

für den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) sind die zwei Sitzungen des Bundesvorstandes wichtige Zwischenschritte auf dem Weg zu den jeweiligen Bundesvertretertagen. Dem zweithöchsten Organ unseres Verbandes dienen diese Zusammenkünfte der Feinjustierung in der verbandlichen Arbeit, dem Meinungsaustausch zu aktuellen Themen in der Bundeswehr und dem Festlegen von strategischen Zielen für den kommenden Bundesvertretertag. Zwei Themenschwerpunkte, die bei der diesjährigen Herbstsitzung in Bad Reichenhall breiten Raum eingenommen haben, möchte ich an dieser Stelle beleuchten.

Was passiert mit der Beschaffungsbehörde am Deutschen Eck? Wir hatten in den vergangenen Monaten immer wieder über Entwicklungen berichtet, die man uns zugetragen hatte. Die Task Force Beschaffungsorganisation (BeschO) hat zwischenzeitlich ihre Arbeit abgeschlossen und der von der Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, für das weitere Verfahren ins Leben gerufene Expertenrat hat zwischen-

zeitlich zweimal getagt. Bewahrheitet hat sich unsere Vermutung aus der letzten Ausgabe unseres VBB-Magazins, dass sich die Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung an gemachte Zusagen nicht mehr hält. Einen Tag vor der ersten Sitzung des Expertenrates hat der für Rüstungsfragen zuständige Staatssekretär Zimmer dem VBB mitgeteilt, dass eine Einbeziehung von Verbänden und Gewerkschaften nicht vorgesehen sei. Mittelbar seien diese Organisationen ja – so seine Aussage – über die Vertreter aus den Personalräten vertreten und damit sei eine Information ja gewährleistet. Es steht zu vermuten, dass Herr Zimmer nicht über das „Sprechverbot“ der Teilnehmer an dieser Expertenrunde informiert ist. Wie zweckdienlich dann allerdings eine Teilnahme von Personalräten, Gleichstellungsbeauftragten und eines Vertreters des Gesamtvertrauenspersonenausschusses (GVPA) ist, wenn diese Teilnehmer nicht einmal ihre eigenen Gremien, geschweige denn den Verbänden und Gewerkschaften, über deren Listen sie in die Vertretungen gewählt wurden, zu dem jeweiligen Verfahrensstand informieren dürfen, zeigt, dass die Gremienvertreter der Leitung wohl mehr als „Feigenblatt“ für die vermeintliche Seriosität des gesamten Unterfangens und eines noch zu erwartenden Ergebnisses dienen sollen. Bedenklich ist bei der derzeitigen Großwetterlage rund um die Beraterinflation im Verteidigungsministerium auch, dass die Vertreter dieses Berufsstandes ebenfalls mit am Tisch des Expertenrates sitzen. Das ist ja auch insofern ganz praktisch, als dass diejenigen, die sich ja schon bereits in den letzten Monaten und Jahren als durch wen auch immer Gerufene in Kompaniestärke im Verteidigungsministerium breitgemacht haben, ihre Ideen für eine neue Organisationsform des Beschaffungsamtes in Koblenz mit einbringen können. Das sichert zumindest Folgeaufträge, und Kühn

## > Impressum

**Herausgeber:** Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seitens:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen schriftlich beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 29,00 € zzgl. 5,50 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,20 € zzgl. 1,20 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** LN Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacentr, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacentr@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigenposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 59** (dbb magazin) und **Preisliste 43** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2017. **Druckauflage:** dbb magazin: 597 683 (IVW 2/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

ISSN 0521-7814

>	Bundesvorstand tagt in Bad Reichenhall	4
>	Klaus-Jürgen Achterberg gestorben	5
>	Meinungsaustausch fortgesetzt	5
>	Expertenrat ohne Experten?	6
>	VBB-Presseerklärung vom 26. Oktober 2018	8
>	Vorsitzender des Verteidigungsausschusses erteilt Überlegungen zu Privatisierungen im Rüstungsbereich eine klare Absage	10
>	Spiegel: Affäre um externe Berater – Strafanzeige gegen Ursula von der Leyen	10
>	9. Ordentlicher Verbandstag des VAB	12
>	VBB bedauert Fusionsabsage des VAB	12
>	VBB begrüßt weiteres Vorgehen im TM Bw	13
>	Ein Schritt in die richtige Richtung ...	13
>	VBB-Beamtengruppe im HPR: Informationsveranstaltung der Bundesministerin für Verteidigung für den Hauptpersonalrat beim Bundesministerium der Verteidigung und weitere Interessenvertretungen	14
>	Von unseren Lehrinstituten: VBB begrüßt neue Kolleginnen und Kollegen zum 79. Grundstudium in Mannheim	15
>	VBB-Seminare: Von den Rechten und Pflichten der Diener des Staates	16
>	Wissenswertes für Senioren: Jahrestagung der BAGSO am 16. und 17. Oktober 2018	16
>	BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering wiedergewählt	17
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	20
>	Personalnachrichten	26

## > dbb

>	Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit	28
>	Jahresgespräch mit Obleuten des Bundestags-Innenausschusses	29
>	100 Jahre dbb, Teil 5 – Das Ende des preußisch-deutschen Beamtenbegriffs	30
>	blickpunkt – 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland	33
>	dbb Funktionsträgerinnen zum Frauenwahlrecht in Deutschland	35
>	Digitaler Wandel im öffentlichen Dienst Mit Chancengleichheit zum Erfolg	37
>	dbb jugend – Für den öffentlichen Dienst unterwegs im Bundestag	38
>	fall des monats	39
>	29. Europäischer Abend – Digitaler Wandel – Wie zukunftsfest ist Europa?	40
>	interview – Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Frauen, Senioren und Jugend	46

melkt man besten, solange sich noch Milch geben. Allerdings stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, wozu sich das Verteidigungsressort neben den zahllosen Beratern aus den verschiedensten Beratungsgesellschaften mit der ehemaligen GEBB und jetzigen „In-House-Gesellschaft“ BwConsulting auch noch ein eigenes Beratungsunternehmen leistet. Angesichts dieser „Merkwürdigkeiten“ im Zusammenhang mit möglicherweise fragwürdigen Verbindungen zwischen Angehörigen des Verteidigungsressorts und einzelnen Beratungsfirmen wäre es sicherlich auch angezeigt, dass sich die Vertreter des Deutschen Bundestages, die in diesem Expertenrat mit Sitz und Stimme vertreten sind, über ihre Rolle in diesem „Spiel“ Gedanken machen sollten. Denn gerade die Politik wird die Verantwortung für Entscheidungen zu tragen haben und die Fragen der Beschäftigten, gleich welcher Statusgruppe, zu der beruflichen Zukunft beantworten müssen.

Der Bundesvorstand unseres VBB jedenfalls hat nach eingehender Beratung eine Resolution verabschiedet, mit der wir unsere Auffassung zum Ausdruck gebracht haben, auf anzugehende Problemfelder hingewiesen sowie im Interesse des Ganzen unsere Forderungen erhoben haben. Dabei stellen wir ein weiteres Mal fest, dass der Verband der Beamten der Bundeswehr, wie in der Vergangenheit auch, die einzige Interessenvertretung ist, die

sich auch in dieser Angelegenheit wahrnehmbar konstruktiv und kritisch mit dem Auftrag des Koalitionsvertrages auseinandersetzt. Den Wortlaut der Resolution finden Sie übrigens zum Nachlesen auf den Seiten 8 und 9.

Vor Kurzem hatten wir darüber berichtet, dass sich der Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr e.V. (VAB) auf seinem Verbandstag gegen eine Fusion mit dem VBB ausgesprochen hat. Wir bedauern diese Entscheidung, die sich jedoch bereits durch ein negatives Abstimmungsergebnis des Bundesvorstandes des VAB aus dem Februar dieses Jahres abgezeichnet hat. Der Bundesvorstand unseres Verbandes hat daraufhin in der Frühjahrssitzung und im Hinblick auf ein zu erwartbares, ablehnendes Ergebnis auf dem Verbandstag des VAB die eingerichtete „AG Fusion“ als „AG Satzung“ neu eingerichtet und mit dem Auftrag versehen, den Öffnungsbeschluss für Tarifbeschäftigte des Bundesvertretertages aus dem Jahr 2014 nunmehr in der Satzung des VBB zu konkretisieren. Absicht und Ziel des seinerzeitigen Öffnungsbeschlusses und eines gesonderten Antrages zur Fusion mit dem VAB war es, ein Signal sowohl in die eigene Mitgliedschaft, wie auch an die Mitglieder des VAB und aller Tarifbeschäftigten der Bundeswehr zu geben und den Willen zur Fusion beider Verbände zu dokumentieren. Beide Anträge wurden nahezu einstimmig verabschiedet. Ein Signal, dass sich die beiden Berufsverbände unter dem Dach des dbb beam-

tenbundes und tarifunion, die jeweils nur eine Statusgruppe organisieren, mit ihrer jeweiligen Kompetenz im Tarif- und Beamtenbereich zusammenschließen und ihre Kräfte im Interesse des zivilen Teils der Bundeswehr bündeln sollten. Zu dieser Fusion hatten im Übrigen die beiden jetzigen Ehrenvorsitzenden des dbb, Peter Heesen und Klaus Dauderstädt, in ihrer aktiven Zeit als Vorsitzende stets geraten und dabei jedwede Unterstützung zugesagt.

In der jetzigen Herbstsitzung wurden die Ergebnisse der AG Satzung vorgetragen und ein vorgelegter Satzungsentwurf einstimmig verabschiedet. Dieser Satzungsentwurf soll bei den anstehenden Bereichs- und Landesmitgliederversammlungen diskutiert und den Delegierten des Bundesvertretertages 2019 zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden. Leitfaden und fester Wille des Bundesvorstandes ist es, in einer neuen Satzung den Tarifbereich und die tarifbeschäftigten Mitglieder organisatorisch und personell abzubilden. Es soll ein klares und eindeutiges Signal nach außen gegeben werden, die Tarifbeschäftigten der Bundeswehr, der privatisierten Bereiche und in den internationalen Institutionen in ihren statusrechtlichen/tarifrechtlichen Belangen kompetent vertreten zu wollen. Dazu sollen in jedem Bereich und Landesverband des Verbandes der Beamten der Bundeswehr jeweils ein Vertreter in den Bereichs- und Landesversammlungen bestimmt werden.

Diese sollen auf dem Bundesvertretertag 2019 durch die Delegierten in einen neuen „Fachbereich Tarifpolitik“ gewählt werden. Die Bundesleitung des VBB soll um zwei Mitglieder erweitert werden. Diese sollen der Sprecher des Fachbereiches Tarifpolitik sowie der Spitzenkandidat der Liste des VBB für die Statusgruppe der Arbeitnehmer für den Hauptpersonalrat beim Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) sein. Dieses sind zwei starke Änderungen, dass unser Verband die Arbeitnehmer der Bundeswehr nach innen wie nach außen vertreten will und wird. Zugleich wird der VBB durch diese Weichenstellung künftig in der Bundestarifkommission des dbb beamtenbund und tarifunion mit Sitz und Stimme vertreten sein und so auch die Interessen der Beamtinnen und Beamten in der Lohn- und Einkommensrunde mitbestimmen und gestalten. Zugleich verleihen wir mit dieser geplanten erweiterten Vertretungskompetenz unserem immer postulierten und historischen begründeten verbandlichen Anspruch einen stärkeren Nachdruck, DIE gewerkschaftliche Stimme für den gesamten zivilen Personalkörper zu sein und DIE Stimme für eine grundgesetzlich normierte eigenständige Bundeswehrverwaltung.

Herzlichst

Ihr



Wolfram Kamm

## Bundesvorstand tagt in Bad Reichenhall

Die Herbstsitzung des Bundesvorstandes des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) ist seit jeher eine Außen-sitzung. Ausrichter ist immer einer der neun VBB-Bereiche oder Landesverbände – in 2018 der Landesverband VI (Bayern).

So tagte der VBB vom 22. Oktober 2018 in Bad Reichenhall.

Neben den Tagungsorten stand am Montagnachmittag der Besuch der Präsidentin des

Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr (BAPersBw), Frau Sabine Grohmann, auf der Agenda. Sie informierte den Bundesvorstand in einer tour d’horizon über die für das Zivilpersonal wichtigen

Themen und stand im Anschluss den Kolleginnen und Kollegen für ihre Fragen zur Verfügung, wovon rege Gebrauch gemacht wurde.

Der Dienstag stand sodann ganz im Zeichen des Bundes-

vertretertag, der im November 2019 in Berlin stattfindet. Etliche Funktionen sind im nächsten Jahr nachzubeseetzen, allen voran die Führungsspitze mit dem Bundesvorsitzenden, da *Wolfram Kamm* dann – nach nunmehr 13 Jahren an der Spitze des Verbandes – sich in Folge seines Eintritts in den Ruhestand Ende Mai 2020 nicht mehr der Wiederwahl stellt.

An den verbleibenden zwei Tagen wurden sodann noch



Satzungsfragen im Gremium diskutiert, erste Vorbereitungen für die Personalrats-

wahlen 2020 getroffen und weitere Verbandsangelegenheiten be- sowie Handlungs-

empfehlungen für die Bundesleitung ausgesprochen.

## Klaus-Jürgen Achterberg gestorben

Mit großer Betroffenheit hat der Verband der Beamten der Bundeswehr e. V. (VBB) von dem Tod seines Ehrenmitglieds und langjährigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Klaus-Jürgen Achterberg Kenntnis nehmen müssen. Klaus-Jürgen Achterberg gehört mit Beginn seiner Mitgliedschaft am 1. August 1959 zu den Männern und Frauen der ersten Stunde unseres Verbandes. In seiner langjährigen, ehrenamtlichen Funktion als stellvertretender Bundesvorsitzender hat er sich mit großem Engagement für die Belange der Beamtinnen und Beamten der Bundeswehr eingesetzt. Dabei legte er sein besonderes Augenmerk auf die berufliche Situation der Kolleginnen und Kollegen des technischen Dienstes. Sein Herz gehörte dabei den Dienststellen an der Nord- und Ostsee. Vorträge im Rahmen der Technikertage des Verbandes gehörten für



© VBB

Klaus-Jürgen Achterberg stets zu seinem verbandlichen Pflichtprogramm. Mit Rat und Tat stand er seinem VBB zur Seite und seine berufliche Erfahrung brachte er immer zum Wohle aller in die Verbandsarbeit ein. Aber auch in seinen vielfältigen Verwendungen in leitenden Positionen des Bundesministeriums der Verteidigung und zuletzt als Präsident der Wehrbereichsverwaltung Süd in Stuttgart, hat er sich für ein gedeihliches Miteinander aller Statusgruppen in der Bundeswehr und für die Bundeswehr eingesetzt.

Der Verband der Beamten der Bundeswehr verliert mit Klaus-Jürgen Achterberg ein Urgestein im wohlverstandenen Sinne. Das Wissen, nicht mehr mit ihm über seinen Verband und die Bundeswehr plaudern zu können, lässt uns mit Trauer zurück aber auch in der Dankbarkeit über die gemeinsam verbrachten Stunden.

Dein Verband, lieber Klaus-Jürgen, wird Dir ein ehrendes Andenken bewahren und wir werden Dich nicht vergessen.

Seiner Familie gehört unsere tief empfundene Anteilnahme.

## Meinungsaustausch fortgesetzt

Zu einem weiteren Gespräch trafen sich die für das Zivilpersonal in der Bundeswehr zuständige Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kerstin Vieregge, und der Bundesvorsitzende des VBB, Wolfram Kamm, in Berlin.

Schwerpunkte des Gespräches waren insbesondere die durch

den Koalitionsvertrag festgelegte Organisationsüberprüfung des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr in Koblenz, die Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten an die Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten, die Unterbringungssituation der Studierenden am Fach-



© VBB

> VBB-Bundesvorsitzender im Gespräch mit MdB Kerstin Vieregge.

bereich Bundeswehrverwaltung der Hochschule des Bundes in Mannheim sowie die Forderungen des Verbandes zur Weiterentwicklung des Besoldungs-

rechts in der 19. Legislaturperiode.

Zum letzten Themenbereich händigte der Bundesvorsitzen-

de Frau Vieregge ein Positionspapier des VBB aus, in dem die zentralen Forderungen aufgeführt sind, mit der Bitte, diese Vorschläge zu unterstützen.

Frau Vieregge sagte zu, sich der angesprochenen Themen anzunehmen und zeitnah weitere Gespräche mit dem Verband zu führen. ■

## Expertenrat ohne Experten?

Um es direkt vorneweg zu nehmen, wir maßen uns nicht an, den Sachverstand und die Kompetenz derer zu bewerten, die als „Externe“ in den Expertenrat berufen worden sind, aber der Blick auf die Teilnehmerliste zur Zukunft des BAAINBw veranlasst uns schon zum Stirnrunzeln.

Aber fangen wir von vorne an ... die Diskussion zur Privatisierung oder Nicht-Privatisierung des Rüstungsamtes in Koblenz hat eine lange Geschichte und der Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) hat sich von Anfang an im Sinne der Sache und der Beschäftigten mit eingebracht.

In den letzten Jahren wurden viele Seiten schwarz gemacht mit Gutachten, Stellungnahmen etc. und es hat auch mehr als eine Expertenrunde diesbezüglich schon getagt. Seit letztem Jahr kommt nun das Thema wieder hoch ... der VBB hat sich daraufhin frühzeitig wieder mit eingebracht und das Gespräch mit der damaligen Staatssekretärin, Frau Dr. *Suder*, gesucht. Uns wurde in diesem Zusammenhang von Frau Dr. *Suder* zugesagt, dass die Verbände und Gewerkschaften mit am Tisch sind, wenn ernsthaft über die Zukunft des BAAINBw diskutiert wird. Umso erstaunter waren wir nun, dass dem VBB keine Einladung zum Expertengespräch ins Haus „flatterte“. Auf schriftliche Nachfrage bei Herrn Staatssekretär *Zimmer* mit dem Hinweis auf die damalige Zusicherung, bekamen wir am 8. Oktober 2018 – einen Tag vor der ersten Expertenrunde – vorab per



E-Mail die Antwort, dass eine „explizierte Einbindung von Verbänden oder Gewerkschaften im Expertenrat nicht vorgesehen ist. Die Interessen der Beschäftigten aller Bereiche, die Gegenstand der Untersuchung sind, seien aber durch die Personalvertretungen eingebracht. (...) Zugleich wären diese Interessenvertreter zumeist verbandlich oder gewerkschaftlich engagiert, sodass die berechtigten Belange der Mitglieder – u. a. auch des VBB – insgesamt angemessenen Berücksichtigung finden.“

So weit, so gut, dies müssen wir dann erst einmal so hinnehmen. Es zeigt uns aber auch, dass die Zusagen aus der Leitung des Ministeriums keine große Halbwertszeit mehr haben. Mit jeder Neubesetzung im Leitungsbereich gilt anscheinend der Ausspruch: „Alles auf Start“. Eine solche Form des Umganges waren wir bisher nicht gewohnt, aber wir lernen dazu.

UND: An dieser Stelle muss man auch wissen, dass diejenigen Personalvertretungen, die unmittelbar von organisatorischen Veränderungen betroffen sind – nämlich die Koblenzer – im Expertenrat anfangs gar nicht vorgesehen waren. Erst auf deren Bestreben hin und nach einem direkten Gespräch mit der Ministerin wurden Vertreter des örtlichen und des Bezirkspersonalrates kurzfristig eingeladen.

Aber kommen wir zurück auf die Experten – Die Expertenrunde besteht aus dem ehemaligen Vorsitzenden der Commerzbank AG, Herrn Prof. *Müller* als Leiter, dem Vizepräsidenten des BAAINBw, Herrn Armin *Schmidt-Franke*, Herrn Staatssekretär Benedikt *Zimmer* sowie den Abgeordneten Thomas *Hitschler* (SPD), Dennis *Rohde* (SPD), Dr. Reinhard *Brandl* (CSU), Bettina *Wiesmann* (CDU), den Professoren Dr. Klaus *Beckmann* (Uni Hamburg) und Dr. Michael *Eßig* (Uni München). Weiter mit dabei

sind die Abteilungen Führung Streitkräfte (FüSK) und Ausrüstung (A), Kollegen und Kolleginnen aus der Task Force BeschO, Vertreter von McKinsey und der BWConsulting sowie jeweils ein Vertreter des HPR BMVg, des BPR BAAINBw, des ÖPR BAAINBw, die Gleich BAAINBw, die BSBV BAAINBw, ein Vertreter des GVPA und des GPR BMVg und die Gleich MilBMVg.

Die erste Runde fand nun am 9. Oktober 2018 in Berlin statt und auf unsere Nachfrage bei den Kollegen, wie es denn gelaufen sei, erhielten wir die Antwort, dass darüber leider keine Auskunft erteilt werden darf ... wenn verwundert es, wenn man dann nicht direkt wieder an den in der Presse so gerne verwandten „Maulkorb“ denkt.

Und rufen wir uns auch noch einmal das Antwortschreiben des Staatssekretärs *Zimmer* in Erinnerung – der VBB ist über die Personalvertretungen angemessen berücksichtigt ... Transparenz ist in unseren Augen etwas anderes.

Sorge bereitet uns, dass bei der Komplexität des Themas und dem engen Zeitplan der Verdacht nahe liegt, dass bereits ein fertiges Konzept in der Schublade liegt und nicht – wie es eigentlich sein sollte – das Thema von allen Seiten beleuchtet und im Interesse ALLER zielorientiert im Expertenrat von den Beteiligten ein Lösungsvorschlag erarbeitet wird.

Einmal mehr muss die Frage erlaubt sein – ist dies der richtige Weg? ■